



Rede zum Haushalt 2010 der Stadt Korschenbroich

Sitzung des Stadtrates am 9. Februar 2010

Fraktionsvorsitzender

Die Aktive

Hanns-Lothar Endell

**Sperrfrist: Dienstag, 9. Februar 2010, Schluss der Rede
Es gilt das gesprochene Wort.**



Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

Ziel ist eine hohe Ausgabendisziplin und das Ausnutzen von Sparpotentialen.

Diese sicherlich unterstützenswürdige Aussage stammt nicht von uns sondern ist den gemeinsamen Zielvorstellungen der CDU und SPD Korschenbroich für die Wahlperiode 2009-2014 entnommen.

Nun sollte man Zitate nicht aus ihrem Zusammenhang reißen, deswegen möchte ich Ihnen den vollständigen Wortlaut der Passage nicht vorenthalten:

„ Ziel ist es im Zeitraum der nächsten Wahlperiode

- eine weitere Neuverschuldung zu vermeiden,
- Steuerstabilität zu sichern,
- eine hohe Ausgabendisziplin und
- Sparpotentiale auszunutzen.

Hierbei wird als erste Maßnahme eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingerichtet, die bis zum 31.12.2009 die Ergebnisse der überörtlichen Prüfung analysiert und eine gemeinsame Umsetzungsliste vorlegt.“

Mit dem Haushaltsentwurf 2010 hat die neue gestaltende Mehrheit in Korschenbroich schon nach gut 4 Monaten ihr Scheitern öffentlich eingestanden. Weder gibt es Steuerstabilität in Korschenbroich noch sinkt die Neuverschuldung. Ganz im Gegenteil: Sowohl der Steuersatz der Grundsteuer als auch die Neuverschuldung erreichen neue Rekordhöhen. Selbst nach den sicherlich positiv geprägten Berechnungen unseres Kämmerers wird die Neuverschuldung im Jahr 2013 noch 5,8 Millionen Euro betragen.

Aber ich bin hier sicher zu negativ. Mit der versprochenen Steuerstabilität war vermutlich gemeint, dass nicht alle Steuersätze angehoben werden. In diesem Sinne hat auch der Fraktionsvorsitzende der CDU vor Kurzem freudestrahlend verkündet, dass die Gewerbesteuer in Korschenbroich stabil bleibe. Als ob das es besser macht.



Aber die gemeinsamen Zielvorstellungen von CDU und SPD zum Thema Haushalt erschöpfen sich nicht in vagen Absichtserklärungen sondern stellen auch konkrete Handlungsschritte in Aussicht.

So sollte – wie bereits erwähnt – eine gemeinsame Arbeitsgruppe von CDU und SPD eingerichtet werden, die bis zum Jahresende 2009 den Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt analysiert.

Die von der GPA aufgeworfenen Handlungsschwerpunkte sind allgemein bekannt und sollen nur noch einmal kurz angerissen werden.

Schwerpunkt der GPA sind die hohen Personalausgaben. Neben dem - bereits von der Aktive im Rahmen der letztjährigen Haushaltsberatungen befürworteten - Hausmeisterpool werden die Ausgaben für Reinigungskräfte und weitere, meist kleinere, Optimierungsmöglichkeiten angesprochen.

Weiterer Schwerpunkt ist das Gebäudemanagement. Die Stadt verfügt über zu viele Immobilien und auf absehbare Zeit werden - besonders in Schulen - große Flächen frei, die auf die ein oder andere Weise verwertet werden müssen, wenn sie nicht der Stadt weiter zur Last fallen sollen.

Ein weiterer nicht zu übersehender Schwerpunkt war schließlich die Kritik der GPA an den außergewöhnlich hohen Kosten für die Straßenbeleuchtung.

Diese drei big-points der GPA hat die gestaltende Mehrheit in ihrem Antrag zum Haushalt 2010 mit der gewohnten sprachlichen Brillanz und gleichzeitig mit nicht für möglich gehaltener Schärfe aufgenommen.

So soll der Bürgermeister über die personalwirtschaftlichen Auswirkungen des GPA-Berichts auf den Stellenplan der Stadt berichten. Noch bedeutungsschwerer ist der Antrag zum Gebäudemanagement. Hier soll die Verwaltung sogar laufend prüfen, ob Flächen frei werden und dann die entsprechenden Maßnahmen treffen.

Wie diese Maßnahmen im primär angesprochenen Schulbereich aussehen sollen, konnte oder wollte in der Sitzung des Hauptausschusses niemand sagen. Auch sonst nie um eine wortreiche Belehrung verlegene Vertreter der gestaltenden Mehrheit schwiegen zu diesem Punkt.



Dabei ist es, wenn man ehrlich ist, doch ganz einfach: Die Grundschulen sind vor einer Stilllegung sicher, solange Eingangsklassen gebildet werden können. Das Gymnasium hat man sich bereits für die Stadtverwaltung an Land gezogen, es verbleiben als Handlungsmasse somit nur noch Realschule und Hauptschule. Einen entsprechenden Antrag für die Prüfung einer Zusammenlegung haben wir gestellt. Die Mehrheit und auch der Bürgermeister hielten diesen Vorschlag für nicht einmal prüfungswürdig.

Dabei sind die Argumente, die gegen eine solche Zusammenlegung - auch außerhalb der Sitzung vorgebracht wurden - zum Teil natürlich nachvollziehbar zum Teil aber auch eher bizarr. So wurde gegen eine Zusammenlegung vorgebracht, dass Haupt- und Realschule abweichende Stundenzeiten hätten und sich so gegenseitig stören würden.

Für die Stadtverwaltung, die bekanntlich in ein Gebäude des Gymnasiums ziehen soll, gelten diese Hindernisse allerdings nicht. Zumindest habe ich nicht gehört, dass die städtischen Bediensteten ihre Pausenzeiten an die der Schüler anlehnen wollen.

Aber im Ernst: Die Dramatik der Entwicklung der Schülerzahlen kann sich jeder selbst vor Augen führen. Schauen Sie einfach in die vor Ihnen liegende Sitzungsvorlage auf Seite 58. Dort steht es schwarz auf weiß. Aber CDU und Bürgermeister wollen nicht ran und wenn der Vorschlag von den Aktiven kommt schon gar nicht.

Bleibe als letzter Vorschlag der gestaltenden Mehrheit das Thema Straßenbeleuchtung. Hier soll, man höre und staune, die Stadtverwaltung über den Stand des Austausches der bisherigen Leuchtmittel gegen energiesparende Lampen berichten.

Vorschläge, die nichts schaden nützen nicht zwangsläufig etwas.

Bleibe die Frage, was aus den Anträgen der Opposition geworden ist.

Im Jahr 2009 hatten bekanntlich Bündnis 90/Die Grünen, die UWG, wir und – nicht zu vergessen – die SPD gemeinsam beantragt, den Stadtrat um 4 Mitglieder zu verkleinern um so zumindest einen fünfstelligen Betrag einzusparen. Diesmal gab es von der SPD keine Zustimmung und man vertagte den Antrag.

Naja, immerhin sind wir diesmal Herrn Houben mit diesem Antrag zugekommen.



Ähnliches bei der Stadtpflege. Im letzten Jahr hatten Die Aktive und die SPD gemeinsam beantragt, die Wechselbepflanzung durch eine Dauerbegrünung zu ersetzen. Auch dies hat die SPD anscheinend schon vergessen und jetzt gegen den damals eigenen Vorschlag gestimmt.

Dies weckt Erinnerungen an das letzte Jahr. Im Sommer hatten Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP einen Antrag zu der Verwendung der verbliebenen 130.000 Euro aus dem Konjunkturpaket 2 gestellt. Nach Auffassung der 4 Fraktionen sollte der Betrag für Grundwassermaßnahmen eingesetzt werden. Im Herbst des vergangenen Jahres (also nach der Wahl) lehnte die SPD den gleichlautenden Antrag nunmehr ab. Die Begründung der SPD: „Anträge werden nicht besser, wenn sie mehrfach gestellt werden“ war wohl selbstkritisch gemeint, eine Erklärung für den doch etwas überraschenden Sinneswandel der SPD gab es jedoch nicht.

Überhaupt stellt man sich die Frage nach dem Sinn der Haushaltsberatungen. Wie in jedem Jahr wurden nahezu alle Vorschläge der Opposition in Bausch und Bogen abgelehnt und zwar unabhängig davon ob sie nun klein oder groß, abstrakt oder konkret waren.

Vielleicht waren unsere Vorschläge einfach zu schlecht, ich denke aber eher, dass nicht sein kann, was nicht sein darf. Bürgermeister CDU und SPD haben nach eigener Einschätzung bereits alle sinnvollen Einsparmöglichkeiten erkannt und in den Haushalt eingebracht. Weitere Diskussion: Überflüssig.

Dies mag auch der Grund dafür sein, dass CDU und SPD es nicht für nötig erachtet haben, den Oppositionsparteien ihre Anträge vor der Sitzung zukommen zu lassen. Wir haben den Mut dazu gehabt und uns der Kritik gestellt. SPD und CDU scheint der Mut dagegen schon wieder verlassen zu haben.

Ein Gutes haben die Haushaltsberatungen aber nun doch gehabt. Man bekommt Informationen, die man sonst nicht bekommt. Auf wundersame Weise lagen zeitgleich mit dem Antrag von CDU und SPD zum Thema Grundwasser neue Informationen zur Umsetzung des Erftverbandmodells mit der Stadt Kaarst vor.

In geeinter Stärke beschlossen SPD und CDU das Modell nur auf Grundlage des 80:20 Beschlusses umzusetzen. Alles Bestens, so hat man den Eindruck. Genauso steht es auch in den gemeinsamen Zielvorstellungen von CDU und SPD zum Thema Grundwasser. Diese kann man auf der Internet-Seite des Stadtverbandes der SPD unter dem Button



„Wahlprogramm“ finden. Das Wahlprogramm der SPD zur Kommunalwahl 2009 findet man unter diesem Button allerdings nicht mehr. Dies aus gutem Grund, denn in dem Wahlprogramm der SPD steht zum Thema Finanzierung eines Grundwassermanagements Folgendes (Zitat):

„Wir vertreten die im Rat gefundene Kompromissformel, nach der die Finanzierung zu 80% durch die Betroffenen und zu 20% durch die Stadt erfolgt. Dabei werden jedoch Zuschüsse anderer Stellen dem Bürgeranteil gutgeschrieben.“

So weit so gut. Es geht aber noch weiter (Zitat):

„Sollte die aktuelle, von der Kreisgemeinschaft favorisierte Lösung der Kappung von Grundwasserspitzen (Modell des Erftverbandes) zum Zuge kommen, wird die SPD eine abweichende Finanzierungsmöglichkeit prüfen.“

Das heißt, dass die SPD in ihrem Wahlprogramm versprochen hat, für die Umsetzung des Erftverbandmodells andere Modelle als die 80:20 Finanzierung zu prüfen. Nach 40 Tagen, am 10. Oktober 2009, also am Tag der Verkündung der segensreichen Zusammenarbeit von SPD und CDU, war diese Zusage bereits wieder vergessen. Selbst für die Politik eine ungewöhnlich kurze Halbwertszeit für Wahlversprechen.

Die Aktive steht bei der Frage der Finanzierung von Grundwassermaßnahmen weiter zu ihren Aussagen: Ziel ist die Schaffung einer Satzung mit der – vergleichbar mit dem Modell in Rheinland-Pfalz- die Kosten umgelegt werden können. Eine solche Rechtsgrundlage ist in NRW noch nicht geschaffen worden, obwohl der Petitionsausschuss des Landtags dies von der Landesregierung verlangt hat. Im Vorfeld der Landtagswahl werden wir deswegen die Landtagskandidaten im Rhein-Kreis Neuss auffordern darzustellen, was sie zu der Lösung dieser Frage beitragen werden. Wir können gespannt sein.

CDU und SPD sollten auch nicht meinen, dass ihr doch sehr durchsichtiges Herumlavieren nicht von den Bügerrinnen und Bürgern durchschaut wird. Die Bürger merken sehr gut, wer ihnen etwas vormacht und wer es wirklich ernst meint.



Vielleicht träumen CDU und SPD aber immer noch davon, dass ihr Handeln und Reden endlich wieder von den Bürgern als Maßstab der Dinge anerkannt wird, frei nach dem preußischen Innenminister v. Rochow aus dem Jahre 1838, der da sagte und damit komme ich zum Ende:

„Es ziemt dem Untertanen, seinem König und Landesherrn schuldigen Gehorsam zu leisten und sich bei Befolgung der an ihn ergehenden Befehle mit der Verantwortlichkeit zu beruhigen, welche die von Gott eingesetzte Obrigkeit dafür übernimmt; aber es ziemt ihm nicht, die Handlungen des Staatsoberhauptes an den Maßstab seiner beschränkten Einsicht anzulegen und sich in dünkelfhaften Übermut ein öffentliches Urteil über die Rechtmäßigkeit derselben anzumaßen.“

Nach unserer Auffassung ist diese Zeit vorbei.

Vielen Dank.